

Straßenbauverwaltung einer kritischen Betrachtung unterzogen - BSL Managementberatung legt Gutachten vor-

von Thomas Maier, stellv. Landesvorsitzender der Gewerkschaft BTBkomba

Die Gewerkschaft BTBkomba hat als Ziel, mit ihren Mitgliedern das Produkt „Straße“ so gut wie möglich zu vertreten. Ausschlaggebend ist, dass der interne Verwaltungsablauf gut funktioniert und die Verwaltung sich selber nicht das Leben erschwert. Aus fachlicher Sicht ist wichtig, die Schnittstellen so zu setzen, dass organisatorisch arbeitsfähige und klar definierte Einheiten entstehen. Vor 2005 und vor der Verwaltungsreform gab es im Land Baden-Württemberg aus gewerkschaftlicher Sicht eine funktionierende Straßenbauverwaltung. Dieser Zustand muss unbedingt wiederhergestellt werden.

Die Fachgruppe GWS innerhalb von BTBkomba sieht den Fachbereich Straßenbau - gemessen an den allgemeinen Zielen der Verwaltungsreform- wegen der Aufteilung zwischen Bund/Land und Kreisen als nicht konsequent konzipiert und daher als stark verbesserungsbedürftig an. Die Probleme der strukturbedingten Mängel, des Personalabbaus und der Schnittstellen haben sich in den letzten Jahren durch den fortwährenden schleichenden Personalabbau noch verschärft.

Die Zahl der noch vorhanden Stellen bei den Kommunen im Straßenbau, die über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) vom Land finanziert werden, lagen dem Gutachter für die Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (OWU) erstaunlicherweise nicht vor. Der Stellenabbau wurde aber ohne wesentlichen Aufgabenabbau vollzogen. Die Belastung der Mitarbeiter hat die Belastungsgrenze an vielen Stellen längst überschritten. Es besteht aus Sicht der Gewerkschaft BTBkomba daher weiterhin die Gefahr, dass vor allem die vom Bund zur Verfügung gestellten und für 2016 kräftig erhöhten Haushaltsmittel künftig wieder nicht mehr vollständig abgenommen werden können.

Durch die teilweise Aufteilung der Straßenbauverwaltung auf viele kleine Organisationseinheiten und den starken Personalabbau, entstand bereits ein starker Wissensverlust und ein Mangel an geeigneten Fachkräften vor allem bei den Kommunen.

Die Organisations- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (OWU) der Straßenbauverwaltung (SBV) durch das Ministerium für Verkehr- und Infrastruktur (MVI) ist nun abgeschlossen. Dieser Stand ist als „Zusammengefasstes Ergebnis“ in der OWU knapp und präzise dargestellt. Es umfasst, beginnend mit den Vorbemerkungen, das Vorgehen, die Grundlagen der Straßenbauverwaltung (SBV), die Empfehlungen zu den Kernprozessen, zur Steuerung und zum Personal der SBV, und endet mit einem Trendszenario, mit Empfehlungen zur Struktur und einer Umsetzungsbetrachtung zur SBV.

Insbesondere den Hauptempfehlungen der *BSL Managementberatung* stimmt die Gewerkschaft BTBkomba mit der Fachgruppe GWS zu. Sie entsprechen im Wesentlichen den Standpunkten der Fachgruppe GWS, die sie im Rahmen der Stellungnahme der Gewerkschaft BTBkomba zur „Schriftlichen Befragung der Anspruchsgruppen“ zur OWU im Mai 2015 abgegeben hatte.

Die Hauptempfehlungen der *BSL Managementberatung* sind:

- *Die Kernprozesse der SBV (Planung und Durchführung von Neu-, Aus- und Umbaumaßnahmen, Erhaltungsmaßnahmen) sind zu vereinheitlichen und zu dokumentieren. Dabei sind die Federführung und Beteiligung in Projektabläufen für die Planung und die Bauausführung stringent zu organisieren, um den Koordinations- und Abstimmungsaufwand zwischen den operativen Einheiten gering zu halten.*
- *Die Bündelung von fachlichen Querschnittsaufgaben in einer Organisationseinheit der SBV sollte weiter vorangetrieben und einheitlich praktiziert werden.*
- *Die Fachaufsicht über die Aufgabenwahrnehmung des Betriebsdienstes ist vollumfänglich wahrzunehmen. Zudem sind die Mittelverwendungsnachweise zu prüfen. Die Anzahl und Größe der Straßenmeistereibezirke ist nach Maßgabe bundesweiter Durchschnittswerte anzupassen. Gleiches gilt für die Autobahnmeistereien.*
- *Der Betriebsdienst für die BAB ist an einer Stelle zu konzentrieren.*
- *Ein Controllingkonzept für die SBV ist zu entwickeln. Aufbauend auf diesem Konzept sind die bestehenden Datensysteme in einem Controllingsystem für die Kernaufgaben der SBV zusammenzuführen. Das entsprechende Berichtswesen ist so auszugestalten, dass es von allen Straßenbaubehörden des Landes zur Steuerung genutzt werden kann.*

Hierzu unsere gewerkschaftlichen Kommentare :

- Zur Vereinheitlichung der Kernprozesse der SBV (Planung und Durchführung von Neu-, Aus- und Umbaumaßnahmen, Erhaltungsmaßnahmen) wurden unsere Vorstellungen bereits in unserer Stellungnahme zur „Schriftlichen Befragung der Anspruchsgruppen“ unter der Überschrift „Optimierung der Arbeitsabläufe“ dargestellt.
- Eine Optimierung der Arbeitsabläufe für die Straßenbauverwaltung hat aus Sicht der Gewerkschaft BTBkomba bisher nicht stattgefunden. Darin steckt aus Sicht der Gewerkschaft BTBkomba ein relativ großes Verbesserungspotenzial. Dies wird in der Stellungnahme des BTBkomba zur „Schriftlichen Befragung der Anspruchsgruppen“ unter der Überschrift „Aufgabenwahrnehmung und Schnittstellen“ angesprochen.
- Der Mitteleinsatz für entsprechende Schwerpunktmaßnahmen im Rahmen des Neubaus, der Instandsetzung oder Erneuerung der Bundes- und Landesstraßen muss auf der Grundlage der regionalisierten Ergebnisse der regelmäßigen Zustandsbewertungen des Straßennetzes erfolgen. Bei einer Übertragung der Aufgaben und Mittel auf die unteren Verwaltungsbehörden ist die Steuerungsmöglichkeiten und das Setzen örtlicher und regionaler Schwerpunkte nach landespolitischen Gesichtspunkten, aus Sicht der Gewerkschaft BTBkomba, nicht wirklich möglich. Insofern ist es bei einer Aufgabenteilung zwischen den unteren Verwaltungsbehörden und den Regierungspräsidien zweckmäßig, dass diese Aufgaben von der unteren Ebene vor Ort wahrgenommen werden, allerdings sollte die Fachaufsicht durch das Land gewährleistet sein, um einheitliche sinnvolle Standards sicher zu stellen. Dieser Fachaufsicht kommt das Land derzeit nicht nach. Dies wird in der Stellungnahme des BTBkomba zur „Schriftlichen Befragung der Anspruchsgruppen“ unter der Überschrift „Interessenvertretung der Arbeitnehmer“ angesprochen.

Eine Umfrage unter den Mitarbeitern der Straßenbauverwaltung durch den Bund der Technischen Beamten im Jahr 2006 ergab eindeutige Rückschlüsse auf die Situation der

derzeitigen Dienststellen beim Land und den Kreisen. Es wird berichtet, dass die Arbeitsvorgänge sich erschwert haben und in der Gesamtheit bürokratischer geworden sind. Es ist also in diesem Fachbereich gerade das Gegenteil eingetreten von dem, was die Verwaltungsreform leisten sollte. Durch die neu hinzugekommenen Schnittstellen wird ein Mehraufwand erforderlich, der von dem vorhandenen Personal nicht auf Dauer geleistet werden kann.

Die Beschäftigten berichteten daher von abnehmender Motivation in ihrem Arbeitsumfeld.

Einheitliche Steuerungsinstrumente wie z. B. das Projektcontrolling sind zur Sicherstellung eines wirtschaftlichen Ressourceneinsatzes dringend erforderlich und lassen sich sinnvoll nur im landesweiten Einsatz vertreten.

Die Stellungnahme der Gewerkschaft BTBkomba zur „Schriftlichen Befragung der Hinweis: Anspruchsgruppen“ ist unter <http://www.btbkomba.de/fachgruppen-bw/artikel-fachgruppen-bw/article/organisations-und-wirtschaftlichkeitsuntersuchung-der-starssenbauverwaltung-baden-wuerttemberg-lieg.html> einsehbar.